

Auch deutsche Familienpolitiker diskutieren Bezahlung der Hausarbeit. Allerdings anders als die Frauenbewegung! Anfang der 70er Jahre, auf dem Höhepunkt der Mütter- und Frauenerwerbstätigkeit, schlugen sowohl SPD als auch CDU ein „Erziehungsgeld“ vor: Jede Mutter (theoretisch auch jeder Vater) sollte 300 (CDU 1974) bzw. 400 DM (SPD 1970) pro Monat erhalten, sofern sie während der ersten drei Lebensjahre des Kindes nicht erwerbstätig ist. Die SPD propagierte seit 1973 zusätzlich das Modell „Tagesmütter“, in dem ebenfalls der Staat einen Teil der Hausarbeit bezahlt.

Arbeitgeber Staat



„Dienstleistungsbetrieb Familie“

„Sinn und Ziel der Familienpolitik ist die Sicherung der optimalen Funktionsfähigkeit der Familie“, so faßt Max Wingen, Berater der früheren CDU-Familienminister, zusammen. Diese „Funktionen“ entpuppen sich bei näherem Hinsehen alle als die Arbeit, die die Frau im Haus leistet. Nach Neidhardt, Familiensoziologe und Vorsitzender der 2. Familienberichtskommission des Bundestages, sind es folgende:

- Reproduktion = Geburt von Kindern
- Sozialisation = deren Erziehung
- Haushalts- und Freizeitfunktion = die Familie wirkt als Dienstleistungsbetrieb an ihren Mitgliedern
- familialer Spannungsausgleich = seelische Spannungen, die außerhalb der Familie entstehen, müssen ausgeglichen werden.

Diese ganze Arbeit verrichten die Frauen. Die Familie ist der organisatorische Rahmen, der durch das Einkommen des Mannes geschaffen wird. Familie und Stadtteil sind der Arbeitsplatz der Frau. „Familienpolitik“ ist nichts anderes als die Festlegung der kostenlosen Hausarbeit auf die Frau einerseits und die Durchsetzung dieser Arbeit andererseits. **Der Staat ist der Arbeitgeber – allerdings nicht der Lohngeber! – der Frauen und seine Familienpolitik ist eine Politik gegen die Frauen.**

SPD: „Freiheit der Wahl“ für die Frauen

Die SPD hält die angemessene Versorgung der Kinder von erwerbstätigen Müttern für das Hauptproblem. Solche Mütter sind überlastet und deshalb schlecht in der Lage, ihre Kinder im Sinne der „Chancengleichheit“ zu erziehen. Am günstigsten sei, so meint man in der SPD, wenn die Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause bei der Mutter sind, deshalb muß hierfür die „materielle“ Grundlage geschaffen werden. Später soll die bestmögliche

Ausbildung mit Hilfe von Kindertagesstätten, Ganztagschulen usw. gewährleistet werden. Für die ersten drei Jahre also wird ein Erziehungsgeld von DM 400 pro Monat vorgeschlagen, was aber höchstens eine Frau mit gutverdienendem Mann davon abhalten könnte, ausser Haus arbeiten zu gehen.

Die SPD will so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: sie wünscht einen gut ausgebildeten Arbeitskräftenachwuchs und – der Frau soll die Möglichkeit der „Wahlfreiheit“ und „Selbstverwirklichung“ gegeben werden, sie soll sich „frei“ zwischen Beruf und Familie entscheiden können.

Aber sie kann nicht wählen, auch einmal weniger zu arbeiten. Denn Familie (= Hausarbeit) besteht nicht nur aus Kindererziehung, sie hört nicht auf, wenn die über 3jährigen aus dem Haus sind. Das ist aber für die SPD kein Problem, denn jede „moderne“ Frau muß ihren Mann eben zur „partnerschaftlichen Eheführung“ erziehen, damit er ihr beim Waschen, Kochen und Spülen hilft (aber diese Erziehung ist auch mühselige Arbeit...).

Ansonsten scheint es keine Hausarbeit zu geben, und wo kein Problem ist, braucht man(n) auch keine Lösungen vorzuschlagen. Den Zweck des ganzen Konzepts bringt Frau Focke, frühere Familienministerin der SPD, auf den zynischen Begriff:

„Oft wird Emanzipation gleichgestellt mit Berufstätigkeit und zwangsläufig muß dann der vorübergehende Verzicht auf Berufstätigkeit einer Einschränkung der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung gleichkommen. Emanzipation bedeutet nicht, ununterbrochen einen Beruf auszuüben, wohl aber imstande sein, einen Beruf ausüben zu können.“

Frau Focke will also eine gute Ausbildung für alle Frauen – was aber kein Recht auf Einkommen bedeutet! Statt-

dessen soll die Ausbildung von Frauen auch einer besseren Kindererziehung zugute kommen, wie Focke an anderer Stelle erklärt. Sie entwickelt so ein Konzept von der totalen Nutzung der Frauen als flexible Arbeitskräfte: In der Hochkonjunktur werden sie in die Fabrik geholt, zum Teil überqualifiziert, und Partnerschaft und teilweise vergesellschaftete Erziehung garantieren, daß Hausarbeit und Kinder nicht zu kurz kommen, – und in der Flaute sind die Frauen dann die besten Mütter, die es je gab.

CDU: Rezept gegen die „vage Melancholie“ der Frauen

1974, einen Tag vor der Debatte zur Reform des §218, legt die CDU einen Gesetzentwurf vor, der die Zahlung eines Erziehungsgelds von 300 DM monatlich im ersten Lebensjahr des Kindes für Mütter vorsieht (auch Väter, und später soll die Frist auf drei Jahre ausgedehnt werden). Das war die CDU-Alternative zu einer Abtreibung aus materieller Not. Kinder müssen auf jeden Fall geboren werden, der Fall der Geburtenrate hat sorgenerregende Ausmaße angenommen.

In der folgenden Zeit (1974–75) arbeitet die CDU ein familienpolitisches Programm aus, bei dem es nicht nur um Erziehungsgeld geht, sondern auch um die „eigenständige soziale Sicherung“ der Frau, d.h. Hausfrauenrente, aber auch Bildungsurlaub für Hausfrauen und eine ideelle Aufwertung der „Hausfrauenarbeit“. Die CDU hat begriffen, woher die Krise der Familie rührt: nämlich, daß die Frauen nicht mehr so funktionieren, wie sie sollen. Offen wird gesagt, daß „allgemeine Leerformeln von der Familie als der ‚Keimzelle der Gesellschaft‘“ gegen die Krise der Familie nichts mehr nützen. Niemand hät-

Kontaktadressen der Kampagne um Lohn für Hausarbeit:

- Berlin:** Pieke Biermann, Belziger Str. 29
Gisela Bock, Treuchtlinger Str. 1
- Bremen:** Ute Brockhaus, Albrecht-Dürer-Str. 9, 34 47 03
Mojkin Müller, Fesenfeld 93, 76 381
- England:** WfH-Committee, 20 Staverton Rd., NW 2 London, 490 83 26 und: Larch Road, NW 2, 452 13 38
Wages Due Lesbians, 961 37 09 (Anne)
- USA:** LfH-Zentrum in New York: LfH Committee, 888 E 6th St. Brooklyn NY 112 15
Schwarze Frauen für LfH: BWFWFH 100 Beaman Place Brooklyn NY 112 01/965 41 12
Los Angeles: Beth Ingber, 489 3/4 North Lake St. LA. 900 62 484 11 67
- Canada:** Wages for Housework Committee c/o Judy Ramirez, 589 College St., Toronto, Ont.
Wages Due Lesbians: PO Box 38 Station E Toronto/Ont. 466 74 57
- Italien:** Comitato Triveneto per il salario al lavoro domestico: Piazza Eremitani 26, Padua, 65 30 16
Alle Adressen aus anderen italienischen Städten sind im „Herz der Familie“ abgedruckt.
- Schweiz:** „Bezahlt uns die Hausarbeit“: Zürich, Tel. 56 53 85 (Marianne)
Salaire au travail menager- c/o Viviane Luisier, 3, rue J.J. de Sellon, 1201 Genéve, T. 021/33 51 12
- Neuseeland:** WfH Committee PO B 72 035, Northcote, Auckland 9

te ein Interesse, die Familie zu erhalten, wenn es nicht ein wirtschaftliches Erfordernis wäre: „Es wäre gesellschaftspolitisch falsch und ökonomisch sinnlos (!), die Erziehung aus der Familie in die Gesellschaft zu verlagern“, sagt Helga Wex, Familienministerin des CDU-Schattenkabinetts, und sie wird ergänzt durch Geißler, neuer CDU-Generalsekretär: „... daß wir aufhören müssen mit der Unterbewertung der Leistungen der Frauen, die ihre Arbeit, ihre Aufgabe als Hausfrauen und Mütter in der Erziehung der Kinder und in der Haushaltsführung sehen, weil wir aufhören müssen mit der Unterbewertung dieser Frauen auch unter ökonomischen Gesichtspunkten.“

Die Selbstverständlichkeit, mit der eine Hausfrau heute für ihre Familie – was die Kindererziehung wie auch die Haushaltsführung angeht – unentgeltlich tätig ist, darf nicht übersehen lassen, daß hier Dienste bereitgestellt werden, die von hohem ökonomischem Wert sind.“

Die CDU beweist mit solchen Sätzen ihrer Experten Gefühl für Realitäten: Sie fürchtet den individuellen Frauenstreik, wie er sich in der steigenden Scheidungsrate, im Geburtenrückgang, in dem Bedürfnis nach einem eigenen Einkommen durch Erwerbstätigkeit ausdrückt. Die sich rasant vergrößernde Frauenbewegung, deren Familienfeindlichkeit die CDU außerordentlich ernst einschätzt, wird als Barometer für das Ausmaß dieses Streiks genommen. Um der „vagen Melancholie“, die Helge Pross bei Hausfrauen gefunden hat, zu begegnen, hat die CDU ihr familienpoli-

tisches Programm entwickelt: Es soll eine Stabilisierung von verunsicherten „Mittelschicht“-Hausfrauen erreicht werden, sie bekommen ein finanzielles Trostpflasterchen als „Anerkennung“. Für Fabrikarbeiterinnen, die jede Mark brauchen, und für Frauen, die finanziell unabhängig sein wollen, stellen Erziehungsgeld und Hausfrauenrente keine Alternative dar.

Die CDU entwirft das Bild der zufriedenen, modernen Hausfrau als Alternative zur jung-dynamischen Erwerbstätigen. Wie in all ihren Analysen hat die CDU auch hier von der Frauenbewegung gelernt und benutzt dieses Wissen auf brutale Weise gegen die Frauen und ihre Bewegung. In keiner Partei wird soviel von Solidarität geschwätzt, und wieder schießt Frau Wex den Vogel ab: „Wenn Emanzipation etwa in der Weise entartete, daß nur eine Steigerung des Egoismus übrigbliebe, könnten wir das Ende der Entwicklung leicht absehen: dann sind wir nämlich in nicht allzu ferner Zeit alle emanzipiert, einsam und ausgestorben (!) . . . Selbstverwirklichung geschieht am wirkungsvollsten durch die Fähigkeit zur Hingabe an andere Menschen.“

Emanzipation ist . . . je mehr eine Frau hinter denen verschwindet, denen sie sich dienend hingibt . . .

Krise: Fortsetzung der Familienpolitik mit anderen Mitteln

Noch nie mußte der Fiskus so viel Geld im sozialen Bereich, wie Krankenhäuser, Kindertagesstätten und Sozialarbeit aufwenden. Ein Erziehungsgeld von 400

DM zu zahlen, hätte nochmal 12 Milliarden Mark mehr bedeutet. Aber wozu – man kann Frauen ja auch anders zur Raison bringen. Hilfreich ist da eine Krise: man(n) muß seine Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz abgenommen kriegen, die Kinder, die keine Lehrstellen bekommen, müssen über die psychischen Runden gebracht werden, das Einkommen erfordert größere Rechnerei und die billigeren Gerichte haben es an sich, länger zubereitet zu werden. Zusätzlich – im Namen der Krise – spart der Staat: vor allem da, wo Frauen Geld verdienen konnten, im Sozialbereich.

Die Krise zwingt Frauen dazu, sich wieder mit der Hausarbeit zu arrangieren, ihre finanzielle Abhängigkeit vom Mann wird wieder hergestellt. Finanzielle Lockmittel, um Frauen für die Hausarbeit zu ködern, scheinen den Parteien nicht mehr nötig. Folgerichtig hat auch die CDU das Erziehungsgeld aus ihrem Versprechenskatalog zu den Bundestagswahlen stillschweigend gestrichen. In der § 218-Diskussion steht sie jetzt blank da: Ihre einzige Alternative zu einer Reform – ein pseudo-soziales Geldangebot – ist in der Versenkung verschwunden.

Was hat Erziehungsgeld mit Lohn für Hausarbeit zu tun?

Nichts.

Mit Erziehungsgeld sollten Frauen, die ihre Gratisarbeit verweigert haben, wieder an sie gebunden werden: ein kleiner Teil der tagtäglichen Hausarbeit von Millionen sollte mit einem typischen Frauen(leicht)lohn bezahlt werden, der die Frauen weiterhin von dem höheren Lohn des Mannes abhängig macht. Erziehungsgeld wird nicht bezahlt werden, um die Arbeit mit der Erziehung zu verringern oder gar abzuschaffen, sondern um uns fest an sie zu ketten – sozusagen eine Produktivitätsprämie.

Lohn für Hausarbeit meint dagegen, ALLE Hausarbeit ALLER Frauen muß bezahlt werden, damit die Frauen nicht gegeneinander ausgespielt werden können: auch unsere alltägliche Ausbeutung auf der Straße und im Haus, die unsere psychische Energie frißt, während andere ihre heruntergekommene Seele daran wieder aufbauen; auch unsere Diskriminierung durch Lohnlosigkeit, die keineswegs Arbeitslosigkeit bedeutet, sondern die es ermöglicht, uns in die unterbezahlten Jobs immer dann zu zwingen, wenn wir gebraucht werden.

Lohn für Hausarbeit zerstört die Abhängigkeit der Frau vom Mann, die zuallererst eine finanzielle ist.

Erziehungsgeld unterscheidet sich also im wesentlichen Punkt von Lohn für Hausarbeit: es ist gedacht als Verfesti-

gung der Arbeit, der Lohn dagegen ist unser Instrument zu ihrer Abschaffung.

Aber die Diskussion um Erziehungsgeld zeigt das Ausmaß der organisierten und individuellen Frauenkämpfe und ihres Drucks auf den Staat: die Weigerung von Frauen, die Hausarbeit zu machen, hat erzwungen, daß Politiker zugeben: ES IST ARBEIT. Notwendige Arbeit, die mindestens die Hälfte aller gesellschaftlichen Arbeit ausmacht. Wenn der Staat als Arbeitgeber der Frauen wenig Geld für all diese Gratisarbeit bietet, so werden die Frauen den Kampf um mehr Geld und weniger Gra-

tisarbeit aufnehmen – wie das immer ist mit dem Lohn. Tatsächlich haben sie begonnen: die Tagesmütter, denen das Familienministerium für die Pflege von fremden Kindern neben dem eigenen, Geld bezahlt, damit andere Frauen außer Haus arbeiten gehen können, haben errechnet, daß ihr Stundenlohn bei 88 Pfennig liegt. Sie fordern Lohn-erhöhung...

Auch die Tag-und-Nacht-Mütter und Tag-und-Nacht-Hausfrauen, denen nichts bezahlt wird, sind angesichts solch handfester Zahlen nachdenklich geworden... *Cornelia Mansfeld*



...Und wie kriegen wir das Geld?

Immer schon haben Frauen verstanden oder lernen müssen, an Geld zu kommen; immer schon hat der Staat Geld rausrücken müssen, wenn Frauen gekämpft haben; und immer wieder hat der Staat versucht, es wieder zurückzunehmen. Z.B. haben die Frauen weniger Kinder geboren – plötzlich gab Arbeitgeber Staat mehr Kindergeld (allerdings an den Familienvater). Um die Jahrhundertwende ließen immer mehr Frauen sich scheiden – und prompt gab es Steuerfreibeträge für Ehefrauen (wieder ging das Geld an den Ehemann). Frauen trennen sich von ihren Männern, weil sie geprügelt werden – also steckt der Staat Geld in Frauenhäuser (allerdings viel zu wenig und nie an uns direkt). Massiver Frauenkampf um freie Abtreibung – da wird dann auf einmal „Erziehungsgeld“ vorgeschlagen (das allerdings weder zum Leben noch zum Sterben reicht).

Was lernen wir daraus? Zweierlei. Es gibt Geld, das nicht Lohn heißt, weil unsere Arbeit nicht Arbeit heißt. Deshalb müssen wir immer wieder öffentlich machen: unsere Frauen-„Rolle“ ist weder Natur noch Liebe noch Rolle wie im Theater, die wir uns nach ein paar Stunden wieder abschminken

können. Es ist Arbeit, 24 Stunden am Tag, und niemand soll uns für unser Geld auch noch „doppelt belasten“! Die das Geld zahlen, hüten sich, es Lohn zu nennen, sie sagen dazu: Sozialhilfe, Fürsorge, Almosen, Familienbeihilfe, Lastenausgleich, Kindergeld, Hausfrauenrente, Steuerfreibeträge. Die Frauenbewegung hat angefangen, all unsere Arbeiten ARBEIT zu nennen. Die Forderung nach Lohn aufstellen, heißt schon, ohne Schuldgefühle die Arbeit auch mal ablehnen zu können.

Zweitens: All diese Gelder sind Eroberungen von Frauen, die die Arbeit verweigerten. Die Hausarbeit wird sichtbar, wenn sie nicht getan wird. Millionen von Frauen haben dies für sich allein getan – wir müssen es gemeinsam und öffentlich tun. Genau das heißt, das „Persönliche“ politisch machen. In Island machten am 24. Oktober 1975 die Frauen einen Generalstreik: 60 000 Hausarbeiterinnen, Fabrikarbeiterinnen, Lehrerinnen, Sekretärinnen, Schauspielerinnen, Prostituierte, Schülerinnen, Töchter, Mütter, Großmütter legten ihre Arbeit nieder und nahmen sich einen freien Tag – „a day off“ war ihre Losung. Indem wir uns nehmen, was wir brauchen, zwingen wir den Staat, uns zu

geben, was wir wollen!

Ein Generalstreik der Frauen – ist das nicht eine Nummer zu groß für uns? Aber fangen wir an mit tausend kleinen Aktionen, Kampfformen, wie sie in und außerhalb der Frauenbewegung entstanden sind und neu erfunden werden!

- In England brachten Frauen, um „einen freien Tag“ zu haben, ihre Kinder zu den Männern ins Gewerkschaftsbüro der Bergarbeiter.
- Frauen gehen gemeinsam auf Sozialämter, um alles Geld zu holen, was ihnen zusteht. Nur 10–20% aller Gelder, die uns zustehen, werden tatsächlich beansprucht, und Informationen darüber werden zurückgehalten. Das Geld steht uns zu für unsere Hausarbeit!
- Mütter werden immer mehr gezwungen, den Kindern über den Schulstreß hinwegzuhelfen, indem sie ihnen Nachhilfeunterricht geben. Gehen wir gemeinsam in die Schulen, fordern wir Bezahlung dieser Hausarbeit und Verringerung des Schulstresses!

UNSERER PHANTASIE SIND KEINE GRENZEN GESETZT!

